Von unserem Gastautor Joachim Hennig

Der vergessene „Geburtstag“ unseres Landes Rheinland-Pfalz

Auch damals gab es ein : „Wir schaffen das!“ – ohne wenn und aber

Rheinland-Pfalz. Es ist schon sehr befremdlich. An alle möglichen Jahres- und Gedenktage wird bei uns erinnert. Und dann kräftig gefeiert, mit Festen, Events und Partys. Und dabei ist ein „runder“ Geburtstag so gut wie untergegangen: der 70. „Geburtstag“ unseres Landes Rheinland-Pfalz am 30. August 2016.

Vor 70 Jahren wurde das Land Rheinland-Pfalz von der damaligen französischen Besatzungsmacht gegründet. Es war der Beginn eines neunmonatigen Gründungsprozesses – mit den ersten freien Wahlen seit 1933 am 15. September 1946, der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs, der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung am 22. November 1946, der Bildung der ersten rheinland-pfälzischen Regierung Anfang Dezember 1946 und der ersten Landtagswahl und Volksabstimmung über die Verfassung am 18. Mai 1947 – aber eben der Beginn unseres Landes und seiner Geschichte.

Und diese Geschichte hatte noch eine Vor-Geschichte. Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 waren zunächst die Amerikaner Besatzungsmacht im heutigen Rheinland-Pfalz. Sie fanden auch bei uns im Südwesten ein zerstörtes Land und ein geschlagenes und scheinbar unbelehrbares Volk vor. In den deutschen Städten war weit mehr als die Hälfte des Wohnraums durch den Bombenkrieg zerstört, etwa auch in Koblenz über 60 Prozent. Brücken und Straßen waren oft unpassierbar, vielen Familien fehlte der Ernährer, Kriegsversehrte waren ein gewohnter Anblick. Schwer zu ertragende Schicksale gab es überall. Und überall fehlte es auch an Lebensmitteln. Der Hunger war ein großes Problem.

Ein großer Strom der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge

Das größte Problem war der Strom der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der sich aus den abgetrennten deutschen Ostgebieten und aus Ost-Mitteleuropa in das verkleinerte und vierfach geteilte Deutschland ergoss. Ende Oktober 1946 wurden 9,6 Millionen Heimatvertriebene gezählt - vor allem im heutigen Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Die Rheinländer nahmen nur wenige und widerwillig Vertriebene auf; sie fürchteten eine „Überfremdung“ der katholischen Bevölkerung durch vor allem evangelische Flüchtlinge.

Karte der französischen Besatzungszone

Und dann gab es noch die ca. sieben Millionen Mitglieder der NSDAP und die schätzungsweise 100.000 bis 250.000 NS-Täter. Die Stimmung im Volk spiegelte dies wider: Im April 1946 erklärten in einer Meinungsumfrage über die Hälfte der Interviewten, der Nationalsozialismus sei eine gute Idee – nur schlecht ausgeführt. Und noch 1948 ergab eine Umfrage, dass ungefähr die Hälfte der Bevölkerung immer noch antisemitisch oder rassistisch dachte.

Die Amerikaner bildeten ein vorläufiges „Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar“. Dessen Präsident Dr. Hermann Heimerich richtete am 1. Juni 1945 einen Appell an die Bevölkerung. Um sie zur Mitwirkung am Aufbau des Landes und seiner Demokratie zu bewegen, rief er ihr zu: „Atmet auf! Packt an! Habt Zuversicht! Wir brauchen alle, die reine Gesinnung und guten Willen haben.“ - Es war das damalige: „Wir schaffen das!“ – ohne wenn und aber.

Nach den Amerikanern kamen die Franzosen. Sie waren zunächst von den Alliierten nicht als Siegermacht anerkannt und erhielten auch keine Besatzungszone zugesprochen.

Erst Anfang Juni 1945 billigten die übrigen Siegermächte ihnen eine eigene Zone zu und übergaben sie ab Juli 1945. Sie wurde aus Gebieten der britischen und amerikanischen Besatzung herausgeschnitten.

Die Zone bestand gleichsam aus zwei auf dem Kopf stehenden Dreiecken. Das nördliche wurde später das Land „Rheno-Palatinat“ („Rheinland-Pfalz“), das südliche Dreieck wurde aus (Süd-)Baden und (Süd-)Württemberg-Hohenzollern sowie dem bayerischen Kreis Lindau/Bodensee gebildet. Beide Dreiecke waren nicht einmal miteinander verbunden. An der engsten Stelle – an der Mündung der Lauter in den Rhein – trennten sie 15 Straßenkilometer, für deren Transit durch die amerikanische Zone ein Passierschein erforderlich war.

Das „nördliche Dreieck“ war aus dem südlichen Teil der ehemals (preußischen) Rheinprovinz, dem westlichen Teil von Nassau, dem linksrheinischen Teil Rheinhessens und der Rheinpfalz gebildet. Es war ein Produkt der Zonengeographie. Dabei wurden Gebietsteile zusammengefügt, die in konfessioneller, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht eine sehr unterschiedliche Geschichte hatten. Es war ein „Land aus der Retorte“.

Im Norden des „nördlichen Dreiecks“ erstanden wieder die Regierungsbezirke Koblenz und Trier. Die vier rechtsrheinischen nassauischen Kreise Ober- und Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen schlug man dem Regierungsbezirk Koblenz zu (und verselbstständigte sie im Mai 1946 im neuen Regierungsbezirk Montabaur). Bald wurde noch Rheinhessen angegliedert. Mit Wirkung vom 3. Januar 1946 bildeten diese die Provinz Rheinland-Hessen-Nassau.

Unter dem in Baden-Baden residierenden Oberbefehlshaber in Deutschland, Armeegeneral Pierre-Marie Koenig (1898 – 1970), richteten die Franzosen für diese Provinz eine „Délégation Superieure“ in Bad Ems ein.

Neben dieser nördlichen Provinz des „nördlichen Dreiecks“ gab es dort noch die südliche Provinz Hessen-Pfalz mit Sitz in Neustadt (heute: an der Weinstraße) und ebenfalls eine „Delegation Superieure“. Das waren dann allein im „nördlichen Dreieck“ der Französischen Zone zwei „Zwergstaaten“.

Die „Kleinstaaterei“ der Franzosen stieß bei den übrigen Alliierten, vor allem bei den USA, auf Ablehnung. Auch in Frankreich selbst mehrten sich kritische Stimmen, erkannte man doch, dass diese Politik für die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes schlecht war. Zwar wollten die Franzosen aus Sicherheitsgründen ein dezentrales Gebiet jenseits ihrer Grenzen, aber sie wollten auch Reparationen („Sécurité et Charbon“ – „Sicherheit und Kohle“). Diese ließen sich aber nur schwerlich aus solchen „Zwergstaaten“ herauspressen.

Kompromissvorschlag von General Koenig

Im Streit um die richtige Besatzungspolitik kristallisierte sich im April 1946 schließlich ein Kompromissvorschlag von General Koenig heraus. Danach sollte im „nördlichen Dreieck“ eine eigene Verwaltungsstruktur mit Mainz als Hauptstadt entstehen. Die Zentrale in Baden-Baden sollte dafür einen Teil ihrer Zentralverwaltungsrechte aufgeben. Das war gleichsam der Gründungsgedanke für Rheinland-Pfalz, der im August 1946 in die Tat umgesetzt wurde. Am 12. August setzte sich der Plan bei einem Treffen der Spitzen der französischen Zonenverwaltung mit Vertretern des Außenministeriums in Paris durch und am 30. August 1946 erließ der französische Oberbefehlshaber in Deutschland General Koenig die Ordonance No 57 (Verfügung Nr. 57) und die „Erklärung bezüglich der Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“.

In dieser Gründungs- bzw. Geburtsurkunde von Rheinland-Pfalz wurde die Einrichtung eines neuen Landes, bestehend aus den Regionen Pfalz, Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur, angeordnet. Festgelegt war auch das Verfahren über das Zustandekommen der Verfassung. Die Hauptstadt des künftigen Landes sollte Mainz sein. In der Erklärung hieß es, damit dem neuen Land und seiner Bevölkerung ermöglicht werden, „dieses Land auf demokratischer Grundlage unter Beachtung, z. B. in der Pfalz, der einheimischen Überlieferungen und Bestrebungen zu organisieren.“

Kaum Interesse

Deutsche Politiker waren an der Landesgründung nicht beteiligt; erst recht nicht die Bevölkerung. Sie nahm auch wenig Anteil an dem Geschehen. In einem Lagebericht des Landrats von Simmern heißt es: „Die Nachricht von der Bildung des neuen Landes Rheinland-Pfalz ist mit Gleichmut und ohne erkennbares Interesse aufgenommen worden.“ – Das erinnert fast an das heutige Desinteresse an der 70. Wiederkehr dieses Ereignisses. Was die Menschen damals nicht wussten, wissen wir aber heute: Das war der Beginn einer Erfolgsgeschichte. Wenn auch nicht alle Hoffnungen und Wünsche in Erfüllung gegangen sind, so leben wir heute doch in einem freiheitlichen, sozialen und demokratischen Rechtsstaat. Der Rückblick in die Geschichte soll uns mahnen, dass das nicht selbstverständlich ist und gerade heute von „Wutbürgern“ und anderen eine große Gefahr ausgeht. Damit diese Erfolgsgeschichte so bleibt - und sich vielleicht noch das eine oder andere bessert - müssen wir uns alle engagieren. Wie sagte Hermann Heimerich doch schon vor mehr als 70 Jahren: „Packt an! Habt Zuversicht! Wir brauchen alle, die reine Gesinnung und guten Willen haben.“